

ZWISCHEN OTHMAR SPANN UND ADOLF HITLER

Von Václav Kural

Die Diskussion über den Charakter der Sudetendeutschen Partei (SdP) Konrad Henleins ist zweifellos höchst notwendig, nicht nur aus historischer Sicht sondern auch aus aktuell-politischen Gründen, da es sich hierbei um eines der wichtigen, wenn auch wenig bearbeiteten Themen der tschechisch-deutschen Beziehungen in der Vergangenheit handelt. Um meine Stellungnahme nicht zu lang geraten zu lassen, greife ich nicht alle Fragen auf, die in der Kontroverse zwischen Friedrich Prinz einerseits und Christoph Boyer und Jaroslav Kučera andererseits angeschnitten wurden, sondern

beschränke mich auf wenige. Vorweg sei jedoch angemerkt, daß Boyer und Kučera, wie ich meine, im Kern recht haben. Beide gehören zur jüngeren Generation der Historiker, die auf tschechischer wie auf deutscher Seite die ältere, ihnen eher als „skizzenhafte Überlegungen“ erscheinende Literatur (so in Anm. 3 ihr Urteil über meine „halbdissidentische“ Arbeit, die ohne Zugang zu den Archiven geschrieben wurde) überprüfen, und dies auf der Grundlage einer sorgfältigen Analyse der Quellen, was heute methodisch besonders erforderlich und fruchtbar ist.

Dennoch glaube ich, daß auch Boyers und Kučeras Betrachtungsweise einer gewissen Strukturierung bzw. der Ergänzung bedarf. Meine erste Anmerkung betrifft das Verhältnis der beiden Strömungen in der Sudetendeutschen Heimatfront (SHF) und der SdP, der Ideologie Othmar Spanns und des Nationalsozialismus.

Prinz hebt – insgesamt im Einklang mit Auffassungen, wie sie, zurückgehend auf den Einfluß Walter Brands, im Umkreis des Witiko-Bundes vertreten werden – die Rolle der Ideen Spanns hervor, während Boyer und Kučera, im ganzen zutreffend, auf das größere Gewicht des Nationalsozialismus hinweisen. Meiner Ansicht nach erhoben beide Richtungen Anspruch auf die Führung in der SHF und der SdP, und es kommt darauf an, diese Rivalität zum einen auf der strukturellen, zum anderen auf der zeitlichen Ebene zu untersuchen: An der Basis gewann der nationalsozialistische, für Hitler optierende Kurs bald die Oberhand, während sich an der Spitze der Bewegung zuerst die Anhänger Spanns behaupteten. In der zweiten Phase, d. h. nach den Wahlen des Jahres 1935, übernahmen die Nationalsozialisten nach und nach auf beiden Ebenen die Führung.

In der tschechischen zeitgenössischen Publizistik und später, in der historischen Literatur der fünfziger Jahre, wurden Henlein-Partei und -Bewegung einfach als „Ersatzpartei“ für die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei und die Deutsch-nationale Partei bezeichnet, die beide verboten worden waren¹. Diese Einschätzung ist nicht ganz von der Hand zu weisen, denn wir wissen, daß Hans Krebs und Otmar Kallina Henlein in diesem Sinne zu beeinflussen versuchten und Mitglieder beider Parteien in die SHF überwechselten. Dies war jedoch bei weitem nicht alles. Henlein verstand die SHF nicht als ein ihm erteiltes Lehen, sondern auch als eine durch seinen Willen geschaffene Organisation und als jemand, der sich auf den Kameradschaftsbund stützte, dessen geschickt verteilte Kader einen bedeutenden Beitrag zu dem bemerkenswerten Aufschwung der SHF leisteten.

Aus diesen Gründen beherrschten die Anhänger Spanns die gesamte Führung der SHF, in der K. H. Frank alles in allem eine Ausnahme darstellte. Ähnlich verhielt es sich in anderen Massenorganisationen, auch wenn die Nationalsozialisten dort gelegentlich – wie beispielsweise in den Gewerkschaften durch Rudolf Kasper – die Führung an sich rissen und sich in den Gruppen Aufbruch und Bereitschaft weitere Brückenköpfe schufen. In der Mitgliederbasis, die von Berlin und namentlich vom „Führer“ fasziniert war, bestand vermutlich ein anderes Kräfteverhältnis. „Vermutlich“ muß deshalb gesagt werden, weil die Entwicklung der Basis bisher nicht genau unter-

¹ Vgl. César, Jaroslav/Černý, Bohumil: Politika německých buržoasních stran v Československu v letech 1918–1938 [Die Politik der deutschen bürgerlichen Parteien in der Tschechoslowakei in den Jahren 1918–1938]. 2 Bde. Praha 1962.

sucht worden ist (und schwerlich jemals im Detail untersucht werden kann), sodaß wir hier – zumindest vorläufig – auf Rückschlüsse anhand der späteren Entwicklung angewiesen sind.

Für die Politik der SHF war jedoch entscheidend, daß ihre Führung in den Händen der Anhänger Spanns lag, die für das Programm der Autonomie eintraten (das später lediglich als „Tarnung“ bezeichnet werden sollte). Die Nationalsozialisten waren damit nicht zufrieden, doch bis zu den Wahlen hielten auch sie sich in der Hoffnung auf deren günstigen Ausgang zurück, und nach den Wahlen waren sie für eine kurze Zeit zunächst noch damit beschäftigt, ihren Erfolg zu verdauen. Nachdem Henleins Versuch gescheitert war, in die tschechoslowakische Regierung einzutreten und auf diesem Wege das Autonomieprogramm durchzusetzen, also nach dem Meinungsumschwung bei den tschechischen Agrariern, die die unerwartete Stärke ihres bisherigen Schützlings in Angst und Schrecken versetzt hatte, wurde der Differenzierungsprozeß in der SdP durch nichts mehr gebremst. Aus der nun einsetzenden Krise ging die nationalsozialistische Richtung – wenn auch nicht mit einem Schlage – als Sieger hervor. Die Gründe hierfür lagen in den zunehmenden Erfolgen Hitlers auf internationaler Ebene, aber auch darin, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland rascher als in der Tschechoslowakei abgebaut werden konnte. Beides nährte den Radikalismus der Mitgliederbasis der SdP und die Ambitionen der Nationalsozialisten zur Übernahme der Partei. Eine Rolle spielte dabei auch die Verdrängung der Traditionalisten aus der Leitung der deutschen Volkstumspolitik und die Errichtung der Volksdeutschen Mittelstelle, die in die innere Entwicklung der SdP zugunsten der Parteigänger Hitlers eingriff. Ihren Beitrag zur Stärkung der nationalsozialistischen Richtung leisteten zudem die erheblichen finanziellen Mittel, die aus Berlin nach Asch flossen, und Boyer und Kučera weisen mit Recht auf die tatsächliche Höhe dieser Form der Unterstützung hin.

Dies alles (einschließlich solcher Einflüsse aus Deutschland wie beispielsweise der Versicherung deutscher Zöllner über die Grenze hinweg, daß der „Führer“ die Tschechoslowakei schon sehr bald „erledigen“ werde) stärkte die Position der Nationalsozialisten nicht nur an der Basis, sondern nun bereits auch unmittelbar in der Führung der SdP. Auch dort vollzog sich in wachsendem Maße der Übergang von einer Ideologie, die sich auf der Verliererstraße befand, zu einem siegesgewissen weltanschaulichen Programm, d. h. von Spann zu Hitler, wobei dies teils aus wirklicher Überzeugung geschah, teils aus Furcht (wahrscheinlich unter dem Eindruck der „Nacht der langen Messer“!), teils aus karrieristischen Gründen. Auswirkungen hatten auch die Ausschaltung Heinz Ruthas und die Kaltstellung Walter Brands.

Diese ganze Flucht in Richtung Berlin erreichte ihren Höhepunkt in dem Brief Henleins an Hitler vom 19. November 1937, der als Abschluß des Übergangs der SdP von den Positionen Spanns zu denen Hitlers und keineswegs als Beginn dieser Umorientierung verstanden werden muß. Dieser Brief ist ernst zu nehmen: Zwar enthält er einige konjunkturbedingte Rechtfertigungen, bringt aber andererseits die neue Situation der SdP und ihre nunmehr uneingeschränkt pronationalsozialistische Orientierung zum Ausdruck, und dies auch im Hinblick auf die Parteiführung. Dem Brief an den „Führer“ kam zudem praktisch-politische Bedeutung zu: Während Hitler in der Zeit des Hoßbach-Protokolls offen davon ausging, daß die Tschechoslowakei

nur im Wege eines Krieges vernichtet werden könne, zog er nach dem erwähnten Brief bei der Zerschlagung der ČSR auch die sudetendeutsche Bewegung ins Kalkül. Diese wurde damit – wie Henlein in seinem Brief ausdrücklich vorschlug – zu einem Faktor der Reichspolitik mit dem Ziel der Okkupation der gesamten böhmischen Länder und zugleich zu Hitlers „Fünfter Kolonne“. Hitler hat den Glaubenswechsel der SdP-Führung von Spann zu ihm selbst – wie Boyer und Kučera anmerken – durchaus gewürdigt und nicht nur den Nationalsozialisten, sondern offenbar auch den ehemaligen Spann-Anhängern schließlich recht ordentliche Sinekuren im Staatsapparat gewährt.

Die zweite Frage, die ich hier aufgreifen möchte, da sie in der Diskussion nicht nachdrücklich genug akzentuiert wurde, ist das Verhältnis der beiden Flügel in der SHF bzw. der SdP zur ČSR als einem quasi-Nationalstaat, der gleichwohl demokratischen Charakter hatte. Auch bei dieser Frage ist von einer Entwicklung auszugehen, die sich in vielfältiger Weise mit den bereits beschriebenen Auseinandersetzungen innerhalb der Henlein-Bewegung verknüpfte. In der ersten Phase, in der die Anhänger Spanns noch uneingeschränkt Regie führten, ist das Kernstück dieser Frage das Autonomieprogramm, d. h. die Verwirklichung der Selbstbestimmung der Sudetendeutschen in der Form der Autonomie im Rahmen der Tschechoslowakischen Republik.

Diese Forderung erklärte die SHF zu ihrem offiziellen Programm (so u. a. in Böhmischem Leipa), doch in seinem Brief vom November 1937 bezeichnete Henlein sie als bloße „Tarnung“, zu der man deshalb gegriffen hatte, um die Legalität der Bewegung aufrechterhalten zu können. Das klang recht überzeugend (schon „Oberleutnant“ Lukáš seligen Angedenkens lobte Švejk dafür, daß er alles so gut begründen konnte!), war aber vor allem der Versuch, die Konvertiten vor dem drohenden Berliner „Gerichtshof“ in Schutz zu nehmen. Tatsächlich traten die Anhänger Spanns in der SHF und der SdP eine Zeitlang für Autonomie im Rahmen der ČSR ein. Dies sollte nicht bagatellisiert werden, doch geht es darum, deutlich zu machen, *wie* diese Autonomie aussehen und wozu sie dienen sollte.

Auch die Anhänger Spanns in der Führung der SdP bekannten sich zu einem deutschen mitteleuropäischen Universalreich, das die Vorherrschaft in diesem gesamten Raum ausüben sollte, und waren geschworene Gegner der Demokratie. Zu ihren Zielen gehörte, Böhmen in eine Art Vasallenstellung gegenüber diesem mitteleuropäischen Reich zu manövrieren. Brand beschrieb seinen Prager Studenten das deutsche Interesse an der Tschechoslowakei mit den folgenden Worten: „Es geht nicht um die Lostrennung der sudetendeutschen Gebiete. Es geht vielmehr um die Erhaltung des ganzen Raumes, aber nicht im Wege einer gewaltsamen Okkupation, sondern durch politische und wirtschaftliche Einflußnahme, denn was sollen wir sonst mit den Tschechen machen? Sie müßten mehr oder weniger mit in den deutschen Einflußbereich einbezogen werden.“ Wie dies zu geschehen hatte, erläuterte Brand an einer Karte Mitteleuropas².

Es ist offensichtlich, daß „politischer und wirtschaftlicher Einfluß“ durch die geographische Umklammerung der ČSR ausgeübt werden sollte. Die äußere Ein-

² Brand, Walter: Auf verlorenem Posten. Ein sudetendeutscher Politiker zwischen Autonomie und Anschluß. München 1985, 55.

beziehung der ČSR in die deutsche Interessensphäre sollte im Innern des Landes durch den Druck des sudetendeutschen autonomen oder *föderalisierten* „Substaates“ ergänzt und beschleunigt werden. Dieser Druck der SHF bzw. SdP wird oft lediglich als das Bestreben interpretiert, eine gerechte Lösung des Nationalitätenproblems zu finden. Einem aufmerksameren Blick kann freilich nicht entgehen, daß die Vernichtung der politischen Demokratie, als deren letztes „Bollwerk“ im östlichen Mitteleuropa die ČSR galt, einen untrennbaren Bestandteil dieses Bestrebens bildete. Die Anhänger Spanns standen dem demokratischen System, wie erwähnt, mit aufrichtigem Haß gegenüber, und Brand hat sogar Hitler selbst scharf kritisiert, weil dieser sich – in welchem Umfang auch immer – demokratischer Instrumente (Wahlen, Mehrheitsbildung) bediente³.

In meinem Buch *Konflikt místo společnosti* habe ich die Konzeption des sudetendeutschen autonomen „Substaates“ und ihre taktischen und strategischen Aspekte folgendermaßen knapp skizziert:

Die scheinbar gemäßigte Lösung des sudetendeutschen Problems, die der Öffentlichkeit gleichsam im Schafspelz vorgestellt wurde, barg doch die Wolfszähne in sich: Durch die sudetendeutschen Aktivitäten sollte in der Tschechoslowakei zunächst eine Art Staat, später dann ein völlig neuer Staat aufgebaut werden, der dem *wirklichen* Staat Spannscher Prägung glich und dem deutschen Universalstaat untergeordnet werden würde, ein Staat, für den die Überwindung der verhaßten Demokratie charakteristisch war und der durch einen elitären *weißen Stand* verwaltet werden sollte, der sich aus den *Lebensführern* und einem *staatstragenden Menschenkreis* an der Spitze mit dem *Führer* rekrutierte. Es sollte also nicht vergessen werden, daß die momentane Taktik gegenüber der ČSR den Endzielen des gesamten Reiches untergeordnet wurde: erst in der Konfrontation mit diesen erhält die Taktik der Anhänger Spanns ihren wahren Sinn. Und nach Brand hatte die Idee des *Reiches* – wie im Mittelalter – universalen Charakter, d.h. sie erhob Anspruch auf weltweite Gültigkeit. Neben ihr gebe es nichts Höheres, sie bedeute zumindest die Erfüllung des Sinns der Geschichte⁴.

Derartige Zielvorstellungen standen auch hinter den sechs Volkschutzgesetzen, die die SdP im April 1936 in der Form von Gesetzentwürfen vorlegte. Diese Entwürfe beruhten auf nationalen Zwangskatastern (im deutschen Fall ohne die Juden!) und auf der Verteidigung des nationalen Besitzstandes durch nationale Verbände. Die Verbände sollten auf Antrag der Versammlung der Abgeordneten und Senatoren der jeweiligen Nationalität entstehen; für die Annahme des Antrags genügte die einfache Mehrheit der Anwesenden. Danach wurden alle Abgeordneten und Senatoren Mitglieder des Vorstandes des Verbandes, der zum einen den formalen Verbandsvorsitzenden (als Leiter der Vorstandssitzungen) und zum anderen den sogenannten Sprecher wählte, unter dem der eigentliche Führer und Beherrscher des Verbandes verstanden wurde. Die Rolle des Vorstandes beschränkte sich im Grunde auf seine Wahl bzw. Abwahl. Da zu seiner Wahl die einfache Mehrheit der Anwesenden der beschlußfähigen Hälfte aller Abgeordneten und Senatoren ausreichte, konnte der „Sprecher“ sogar nur von einem Viertel der sogenannten nationalen, elitär verstandenen Vertretung gewählt werden. Der Vorstand konnte außerdem durch „zweck-

³ Walter Brand in Schulungsbrief Nr. IV an die Sudetendeutsche Jungenschaft. Zit. nach Was ist der KB [Kameradschaftsbund]. Prag o. J., 40.

⁴ Walter Brand in Junge Front, Januar 1932. Zit. nach Was ist der KB 20.

mäßige Kooptation“ erweitert werden und darüber entscheiden, ob der „Sprecher“ auf „zweckmäßigere Art“ als durch Wahl zu bestimmen sei. Ziel dieser organisatorischen Maßnahmen war die Schaffung einer „Volksgemeinschaft“, in der das Maß aller Dinge nicht der Einzelne, sondern das „Volk“ darstellen würde. Wer sich diesem Kriterium nicht unterordnete, sollte aus der Bewegung ausgeschlossen werden. Auf diese Art und Weise sollten in die tschechoslowakische Demokratie autoritäre oder totalitäre Elemente hineingeschmuggelt werden, die sie aushöhlen würden, denn der deutsche „Substaat“ sollte über sehr weitgehende Rechte verfügen und de facto den Status eines Teilstaates einer Föderation besitzen, während die staatliche Zentralmacht praktisch mit keinerlei Rechten ausgestattet wurde, die es ihr ermöglichten, die Einheit des Gesamtstaates, d. h. der ČSR, zu bewahren⁵. Dies war also das Verständnis von „Automie“ in der Spannischen Version (für das sich Henlein im November 1937 Hitler gegenüber zu rechtfertigen versuchte).

Die Dominanz einer an Spann orientierten Auffassung von den sudetendeutschen Zielen bedeutete selbstverständlich nicht, daß daneben in der SdP nicht radikalere, annexionistische, nationalsozialistische Vorstellungen existierten. Diesen haben sich die Anhänger Spanns in der Führung der SdP im November 1937, der die Auseinandersetzung zwischen den beiden Strömungen abschloß, schließlich untergeordnet, ja sie gingen nun noch weiter, indem sie die Annexion ganz Böhmens und Mährens, nicht nur der Grenzgebiete forderten. Das Verhältnis der SHF/SdP zur ČSR stellt sich also als Prozeß dar, und als einen solchen müssen wir es auch begreifen. Das Thema gehört freilich zu den Bereichen der tschechisch-deutschen Beziehungen, über die wir wenig wissen, und dies gilt für die gesamte sudetendeutsche Problematik vor und nach dem Krieg überhaupt. Der Weg zur Veränderung dieses Zustandes führt in eine Richtung, die – um es noch einmal zu sagen – in der hier behandelten Polemik u. a. durch Boyer und Kučera repräsentiert und gegenwärtig auch von der Tschechisch-deutschen Historikerkommission gefördert wird: Ihr Kennzeichen ist die sorgfältige Analyse der historischen Fakten.